

Bürgerbeteiligung und –mitwirkung; Bürgerrechte

Die aktuelle Lage

In vielen Städten und Gemeinden des Landes werden Bürgerbeteiligungen und Bürgerrechte umfangreich praktiziert. In manchen Städten und Gemeinden sind aber die Möglichkeiten des bürgerschaftlichen Engagements längst nicht ausgeschöpft. Die Verantwortlichen in den Rathäusern erkennen häufig die Möglichkeiten der Gemeindeordnung nicht und Jugendgemeinderäten fehlen oft wirkliche Mitwirkungsmöglichkeiten.

Liberaler Grundsätze

Bürgerinnen und Bürger nehmen vielerorts aktiv am kommunalen Leben ihrer Stadt oder Gemeinde teil. Das bedeutet, dass Bürgerinnen und Bürger eigeninitiativ sind, am kommunalen Geschehen mitzuwirken, aber auch, dass die Kommune selbst Möglichkeiten der Bürgermitwirkung darlegen muss. Eine entwickelte Beteiligungs- und Teilhabekultur in Städten und Gemeinden beginnt bei kleinen Anlässen bis hin zu großen Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung durch Bürgerversammlung, Bürgerantrag, Bürgerbegehren und Bürgerentscheid. Liberale sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und sich im bürgerschaftlichen Engagement selbst einzubringen. Sie erwarten auch, dass die Stadt oder Gemeinde in Verwaltung und Politik ihr Potential nutzt, offen gegenüber den Bürgern zu sein. Wesentliche Merkmale liberaler Rathauspolitik ist es, unter Beachtung gesetzlicher Vorschriften Entscheidungen des Gemeinderates und seiner Ausschüsse in öffentlicher Sitzung stattfinden zu lassen. Zu wichtigen Entscheidungen im Gemeindegebiet, wie Haushaltsberatungen, Entscheidungen über neue Verkehrsführungen, Aufstellung von Flächennutzungs-, Bebauungs- oder Generalverkehrsplänen, sollten kommunale Bürgerversammlungen stattfinden, um diesen Vorhaben mehr Transparenz zu verleihen. Mehr Bürgerrechte haben ihre Grenzen im Datenschutz. Dies ist auch auf kommunaler Ebene ein urliberales Thema. Es betrifft insbesondere persönliche und grundstücksbezogene Daten, deren Öffentlichmachung auch bei kommunalen Entscheidungen

unzulässig ist. Die FDP hat sich auf Länderebene in den letzten Jahren stark und erfolgreich für mehr Bürgerentscheide und Erleichterungen beim Zustandekommen eingesetzt.

Zur Situation in Waiblingen

In Waiblingen sind gute Grundlagen für eine aktive Bürgerbeteiligung zu finden. Bürgerschaftliche Gremien zur Teilnahme an kommunalpolitischen Entscheidungsfindung und Interessenvertretung sind vor allem der Stadtseniorenrat, der Jugendgemeinderat, der Ausländerrat, der Frauenrat sowie der Arbeitskreis Waiblingen ENGAGIERT. Es sind Bürgersprechstunden beim Oberbürgermeister und bei den Gemeinderäten sowie Bürger-Fragestunden beim Gemeinderat als regelmäßige Einrichtungen geschaffen. Zu wichtigen Vorhaben werden bei Bedarf Bürgerbeteiligungs- und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Zu einem der wichtigsten Bauprojekt der vergangenen Jahre in der Kernstadt, der Neugestaltung des „Alter Postplatz“, wurde 2005 über ein Bürgerbegehren der erste Waiblinger Bürgerentscheid herbeigeführt und durchgeführt.

Standpunkte der FDP Waiblingen

Manche Angebote zur Mitwirkung und Teilhabe an kommunalpolitischen Prozessen finden teilweise nur mäßiges Interesse. Die FDP Waiblingen wünscht sich deshalb eine verbesserte Kommunikation und Transparenz über diese Angebote. Verwaltung, Mandatsträger und politische sowie bürgerschaftliche Gremien sollten aktiver als bisher zu einer Wahrnehmung dieser Angebote anregen und auffordern. Im Sinne der Subsidiarität ist eine Wahrnehmung und Formulierung örtlicher Interessen der Betroffenen in Bürgerinitiativen, Stadteiforen und „runden Tischen“ unbedingt wünschenswert. Der damalige Bürgerentscheid zur Neugestaltung des „Alter Postplatz“ war ein Präzedenzfall, der zeigte, dass die Waiblinger Bürgerschaft plebiszitäre Entscheidungsfindungsprozesse verantwortungsbewusst, offen und fair durchführen kann und will. Diese Erfahrung sollte als Ansporn dazu dienen, direkte Demokratieelemente verstärkt in die Kommunalpolitik Waiblingens einfließen zu lassen.

Der Jugendgemeinderat ist eine wertvolle Institution für Jugendliche, die sich in der Kommune politisch engagieren wollen. In Waiblingen sollte das Verständnis vorherrschen, dass eine politisch engagierte Jugend mehr ist als eine Lobbygruppe für die junge Generation; sie ist Grundvoraussetzung für ein lebendiges und auch in Zukunft auf ehrenamtlichem Engagement aufbauendes Waiblingen. Sowohl Jugendgemeinderat als auch Seniorenrat sollten von Gemeinderat und Verwaltung noch stärker als bisher als Informationsquellen bei der politischen Entscheidungsfindung herangezogen werden.

Die FDP Waiblingen ruft hier lebende Mitbürger aus Staaten der Europäischen Union dazu auf, in verstärktem Maße ihr Bürgerrecht des aktiven und passiven Wahlrechts bei Kommunalwahlen wahrzunehmen. Die Forderung des ehemaligen Justizministers und Integrationsbeauftragten der Landesregierung, Prof. Dr. Ulrich Goll, nach einem Kommunalwahlrecht für alle Ausländer mit langjährigem Wohnsitz und dauerhaftem Bleiberecht wird ausdrücklich unterstützt.